

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Europäischen Bezahldienst jetzt berlinweit umsetzen!

Drucksachen 19/2743 und 19/2921 – Zwischenbericht

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei -
Skzl VI B 2

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin
über
Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über Europäischen Bezahldienst jetzt berlinweit umsetzen!
- Drucksache Nrn. 19/2743 und 19/2921 - Zwischenbericht -

Der Regierende Bürgermeister von Berlin legt nachstehende Mitteilung dem
Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 12.02.2026 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, berlinweit das Bezahlen von Verwaltungsdienstleistungen mit dem europäischen Bezahldienst Wero zu ermöglichen, sobald dies technisch möglich ist; nötigenfalls sind die zur Einrichtung erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu sind der Basisdienst E-Payment zu erweitern sowie die Ämter vor Ort bspw. durch einen Rahmenvertrag und die notwendigen IT-Verfahren zu unterstützen. Ziel ist es, dass Berlin als erste europäische Hauptstadt eine europäische und souveräne Zahlungsmöglichkeit anbietet. Darüber hinaus soll der Senat auf die Berliner Landesunternehmen einwirken, dem Beispiel zu folgen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. April 2026 zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

Aufgrund interner Abstimmungsprozesse, die noch nicht abgeschlossen sind, wird um eine Fristverlängerung bis 01.08.2026 gebeten.

Nach Ablauf der verlängerten Frist im III. Quartal 2026 wird über den Fortgang der Angelegenheit berichtet.

Berlin, den 17. März 2026

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
In Vertretung

Martina Klement
Staatssekretärin für Digitalisierung
und Verwaltungsmodernisierung / CDO